

Accès à ses origines: CCDH übt Kritik

(tj) - Seit das Justizministerium im September 2020 den Gesetzentwurf zum „Accès à ses origines“ im Rahmen einer Adoption, einer anonymen Geburt oder einer künstlichen Befruchtung vorlegte (woxx 1621), wurden bereits mehrere Gutachten dazu veröffentlicht. Darunter das vom Staatsrat (woxx 1642) und das vom Planning familial (woxx 1641). Jetzt äußerte sich erstmals auch die beratende Menschenrechtskommission (CCDH) zum Text. Auch wenn die CCDH das Vorhaben allgemein begrüßt, kann sie nicht nachvollziehen, wieso es sich ausschließlich auf Adoption, anonyme Geburt und künstliche Befruchtung bezieht. Vielmehr bedürfe es eines Rechts, die eigene biologische Herkunft zu erfahren, ganz unabhängig von Zeugungsmethode und Geburts Umständen. Die CCDH spricht sich zudem vehement dagegen aus, die Zeugungsmethode auf der Geburtsakte zu vermerken, wie es der Gesetzentwurf zurzeit vorsieht. Eine weitere zentrale Forderung: Betroffene Kinder sollen bereits vor ihrem 18. Lebensjahr Informationen über ihre biologische Herkunft erfahren dürfen. Zudem sei es wichtig, eine unabhängige Institution zu gründen, die für den „Accès à ses origines“ verantwortlich ist. Die CCDH spricht sich dafür aus, die Reform des Abstammungsrechts im Sinne von LGBTIQ-A-Menschen möglichst zeitnah abzuschließen, „afin d’éviter des procédures administratives injustifiées pour ces personnes et de renforcer la reconnaissance de la diversité des familles en droit et en pratique“.

Kinder brauchen Daten

Menschenrechtskommission zum Gesetz zur Herkunft bei Adoption und künstlicher Befruchtung

Von Annette Welsch

Die Reform des noch aus den 1970-er Jahren stammenden Familienrechts gestaltet sich weiter schwierig. Mittlerweile wurde es in Einzelgesetze zerlegt, die teils bereits verabschiedet sind, wie das Recht auf die Namensgebung oder das Sorgerecht für die Kinder. Das Abstammungsrecht ist derweil seit fast zehn Jahren auf dem Instanzenweg und wurde in zwei Gesetze aufgeteilt: Das Gesetz zur Leihmutterchaft und zur künstlichen Befruchtung, das beim Staatsrat und anderen Institutionen auf starke Kritik stieß, und das Gesetz zur Kenntnis der eigenen Abstammung bei einer Adoption oder einer künstlichen Befruchtung.

Letzteres wurde vor zwei Jahren von Justizministerin Sam Tanison (Déi Gréng) eingebracht. Es regelt die Prozeduren, wie ein Kind im Rahmen des Möglichen im Falle einer Adoption oder künstlichen Befruchtung Zugang zu seiner Herkunft bekommen soll. Aber auch das Recht der Mutter, dass im Falle einer Adoption oder geheimen Geburt das Geheimnis ihrer Identität gewahrt wird.

Es müssen noch Fragen geklärt werden

Dafür sollen Herkunftsinformationen an einem neutralen Ort gesichert werden, auf die Kinder bei Volljährigkeit oder vorher mit Einverständnis der Eltern oder auf Richterbeschluss Zugriff bekommen. Die Beratende Menschenrechtskommission CCDH stellte gestern ihr Gutachten dazu vor. Sie begrüßte grundsätzlich das Gesetzesprojekt 7674, warf aber auch noch Fragen auf, die näher geklärt werden müssten.

„Ein Kind fragt im Alter von fünf, sechs Jahren gewöhnlich, wo

es herkommt. Meist nutzen die Eltern dies für ein Aufklärungsgespräch“, sagte CCDH-Präsident Gilbert Pregno. „Aber was sagt man einem Kind, das einer geheimen Adoption, einer Leihmutterchaft, einer künstlichen Befruchtung oder einer geheimen Geburt entsprang?“

Kinder haben den internationalen Kinderrechten nach ein Recht, ihre Abstammung zu kennen und es gehört auch zur gesunden psychischen Entwicklung und Identitätsfindung. Kinder merken zudem, wenn ein Geheimnis besteht. „Nichts sagen, macht es schwierig – etwas Falsches zu sagen, auch“, erklärte Pregno.

Die Kommission hält es deswegen für wichtig, dass Kinder und Eltern über die Rechte aufgeklärt werden und Eltern Unterstützung angeboten wird, wie sie die Frage angehen. „Es kann belastend für das Kind werden. Wir teilen insofern die Ansicht der Regierung, dass man die Frage des Geheimnisses nicht gesetzlich regeln kann, aber man die Situation begleiten und dabei helfen kann“, sagte CCDH-Jurist Max Mousel.

Da die gesuchten Informationen zur Herkunft nicht für jeden gleich sind, sollte ein Maximum an Informationen zugänglich sein. Für den einen ist das „Wer“, für andere aber das „Wie“ der Person. Wieder andere suchen nach medizinischen Daten oder solchen, die nichts mit der Identität zu tun haben, wie Bildungsgrad, Aussehen, Beruf oder die Gründe für die Adoption beziehungsweise der anonymen Geburt.

Der Zugang zu solchen Daten müsste in jedem Fall mehr unterstützt werden. Das hatte auch der Staatsrat kritisiert: Nicht einmal

gesundheitliche Basisinformationen, die für das Kind unter Umständen extrem wichtig sein können und die nichts über die Identität der Eltern aussagen, müssten hinterlegt werden.

Die Menschenrechtskommission wirft auch die Frage auf, warum das Recht auf seine Herkunft erst mit der Volljährigkeit eingefordert werden kann und moniert, dass die Prozedur, wenn die Eltern nicht zustimmen und das Gericht eingeschaltet wird, nicht klar genug geregelt sei. Sie fordert auch, dass das Gesetz nicht nur ausdrücklich auf geheime Geburten, künstliche Befruchtungen mit Fremdspende und Adoptionen beschränkt sein sollte, sondern grundsätzlich gelten sollte. Außerdem sollten die Daten zur Herkunft nicht, wie vorgesehen, dem Office Nationale d'Enfance anvertraut werden, sondern einer neutralen Instanz.

Geheime Geburt darf zu viel geheim bleiben

Bei der geheimen Geburt, die den Begriff der anonymen Geburt ablöst, stoßen zwei Menschenrechte aufeinander – das Recht auf Privatleben und Gesundheit der Gebärenden und das Recht auf Kenntnis der Herkunft des Kindes. „Eine Form der geschützten Geburt muss auf alle Fälle bestehen bleiben, aber ist es verhältnismäßig, dass die Mutter ihre Identität vollkommen verheimlichen kann?“, fragte Mousel.

Die Menschenrechtskommission fordert hier ein besseres Gleichgewicht, denn: „Dem internationalen Recht nach soll der Zugang zur Herkunft mehr ins Gewicht fallen“, betonte Mousel. Das heiße nicht, dass jeder gezwungen werden soll, seine Identität preis-

zugeben. Aber dass das Personal nur „im Rahmen des Möglichen“ dafür sorgen soll, dass medizinische und nicht-identifizierende Daten hinterlegt werden, reiche nicht.

Hier wäre eine bessere Lösung möglich, wie die nach dem deutschen Modell: Dort soll man Daten hinterlassen, die dann 16 Jahre lang geschützt sind und danach nur noch, wenn die weitere Schutzbedürftigkeit nachgewiesen ist. Darüber befindet der Richter. „Der Rahmen, um Daten zu hinterlassen, soll so einfach wie möglich gestaltet sein“, forderte der Jurist.

Dagegen begrüßt die Beratende Menschenrechtskommission ausdrücklich, dass das Anonymat von Fremdspendern bei künstlichen Befruchtungen grundsätzlich aufgehoben wird. „Nicht der Samenspender, sondern das Kind muss entscheiden können, ob es die Identität erfahren will“, betonte Mousel, fragte aber auch, warum sich das nur auf die Daten zur Identität beschränkt und nicht auch medizinische und sonstige zur Person umfasst.

Dieselbe Kritik wird bei der Adoption geäußert, wo auch nur das „Wer“ mitgeteilt werden soll, aber nicht über die Person selber und ihre medizinischen Daten informiert wird.

Generell wünscht sich die Commission Consultative, dass die ganzen bio-ethischen Fragen zum Umgang mit eingefrorenen Embryonen, Eizellen oder Spermazellen, die nicht bei einer künstlichen Befruchtung eingesetzt werden, endlich gesetzlich geregelt werden. Das werde schon lange – auch von Medizinern – vom Gesundheitsministerium gefordert.

● *Der Rahmen, um Daten hinterlassen zu können, soll so einfach wie möglich gestaltet sein.*

Max Mousel, Jurist

● *Nichts sagen, macht es schwierig – etwas Falsches zu sagen, auch.*

Gilbert Pregno, CCDH-Präsident

«Un enfant sait quand il y a un secret dans la famille»

LUXEMBOURG La Commission consultative des droits de l'homme (CCDH) a rendu son avis sur le texte qui aide à connaître ses origines.

«Un ado adopté peut se comparer à ses pairs et se poser des questions par rapport à sa famille. Une personne atteinte d'une maladie peut avoir besoin des données médicales de son parent biologique, du donneur à l'origine de sa nais-

sance. De futurs parents s'interroger sur leur propre histoire. Les raisons pour lesquelles quelqu'un voudrait connaître son origine sont variées», détaille Max Mousel, juriste à la CCDH.

Le nombre de cas concernés serait d'une centaine par an auxquels s'ajoutent ceux non visés par le texte. Celui-ci ne considère que l'accouchement sous X, l'adoption et la PMA avec donneurs tiers. Ce que déplore la CCDH. «Les enfants nés

sous GPA (autorisée à l'étranger) ne sont, par exemple, pas repris. Or, eux aussi peuvent vouloir savoir d'où ils viennent», dit Max Mousel.

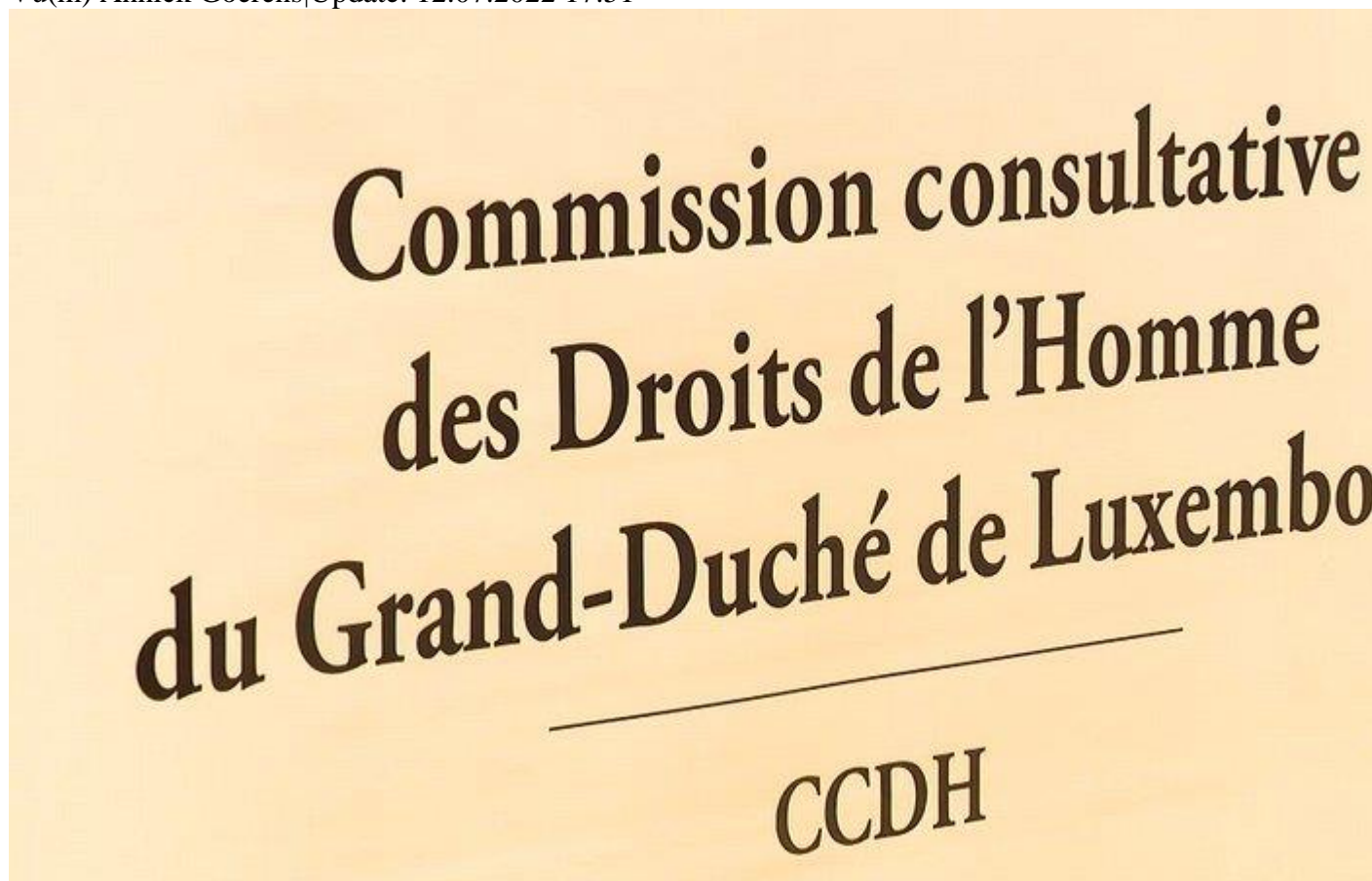
Sur le fond, la CCDH salue le texte qui prévoit, dans la mesure du possible, la levée de l'anonymat, en protégeant au mieux les différentes parties, sans remettre en cause la filiation. Mais l'organe consultatif insiste sur la nécessité «d'un accompagnement renforcé».

«Un secret dans une famille

est impactant et un enfant sait le détecter, note Gilbert Pregno, psychologue, président de la CCDH. Les enfants ont besoin de racines. Ils demandent "D'où je viens?". Parfois une part de l'histoire est manquante. Le texte de loi donne l'accès aux origines à partir de 18 ans. Je pense que ça doit être plus tôt et que les familles doivent être soutenues pour fournir aux enfants les éléments de leur histoire». **SÉVERINE GOFFIN**

Kanner sollen e Recht drop hunn, Informatiounen iwver hir Originen ze kréien

Vu(m) Annick Goerens|Update: 12.07.2022 17:51



© RTL Archiv

"Wou kommen ech hier?" Iergendwann stellt all Kand déi Fro an net ëmmer ass d'Äntwert esou einfach.

CCDH Avis PdL Originen / Rep.: Annick Goerens

Besonnesch wann d'Kand duerch eng kënschtlech Befruchtung mat Spenderzellen entstanen ass oder adoptéiert gouf. E Gesetz soll awer an Zukunft op d'mannst garantéieren, dass Kanner e Recht drop hunn, gewuer ze ginn, wat hir Originne sinn. De Gesetzprojet 7674 ass an der Maach an d'CCDH, déi consultativ Mënscherechtskommissioun huet um Dëschdegmoien hiren Avis doriwwer presentéiert.

Eng "Leihmutterchaft", een Accouchement sous secret, eng Adoptioun oder einfach eng PMA, also eng kënschtlech Befruchtung mat engem anonymme Som-Spender. Et gi vill Fäll an deenen d'Kand seng Originen net kennt a fir d'Elteren ass dat dacks och eng Erausfuerderung, erkläert de President vun der CCDH de Gilbert Pregno.

"Wat soen? Wéi soen? Näischt soen, ass keng Alternativ. Ze vill soen oder falsch Informatiounen

soen, déi net dem Alter entsprechen, ass och eng grouss Schwieregkeet. Dëse Projet de loi setzt d'Bedürfnis vum Kand an de Mëttelpunkt. E Kand huet d'Recht en Zougang ze hunn zu sengen Originellen"

Allgemeng begréisst d'CCDH dëse Gesetzprojet ma op e puer Punkte misst nogebessert ginn. Zum Beispill misst bei der delikater Fro vum Accouchement sous secret e besseren Equiliber fonnt ginn tëscht de Rechter vum Kand an de Rechter vun der Fra, erkläert de Jurist Max Mousel.

"De Projet de loi huet versicht esou een Equiliber ze fannen, schéngt awer nach ëmmer den Interêt vun der Persoun, déi accouchéiert méi ze berécksiichtegen, well d'Persoun, déi een Accouchement sous secret mécht, déi gëtt opgekläert an invitéiert, dass se Donnéeën hannerloosse soll oder kann. Mä wa se dat eben net wëll, dann ass se och guer net obligéiert eppes z'hannerloossen. Duerno kann et sinn, dass d'Kand also guer keng Donnéeën hätt."

Op der anerer Säit wéisst een natierlech, dass et och keng Léisung ass déi Fraen ze forcéieren, hir Donnéeën ze hannerloossen. Donieft huet ee sech an der Mënscherechtskommissioun d'Fro gestallt, firwat een eréischt vun 18 Joer un dierf méi iwwer seng Identitéit gewuer ginn.

"Mir begréissen, dass et theoretesch mol méiglech ass, dass et och Exceptiounen ginn, dass een och scho virun 18 Joer kann Accès op déi Originellen hunn, wat fir eis wichteg ass. Mee mir froen eis, ob dat a verschidde Situatiounen net éischter theoretesch bleift. Firwat? Well éischters d'Prozedur, déi do virgesinn ass, fir bei de Riichter ze goen, ass net wierklech präziséiert. Zweete Punkt ass och nach, dass et bei der PMA, am Fall, wou esou eng Spermabank d'Identitéit eréischt ab 18 Joer fräigëtt. Do ass virgesinn, dass een da just d'Dossiersnummer kritt, mat där een dann awer eréischt ab 18 Joer bei der Bank d'Identitéit ka gewuer ginn. Dat läit den Ament dorunner, dass Lëtzebuerg haaptsächlech mat enger dänescher Som-Bank zesummeschafft. Allgemeng stelle mer eis och nach d'Fro, firwat à la base den Alter vun 18 Joer ugepeilt gouf. Vue dass a verschidde anere Beräicher d'Kanner eleng déi Aktiounen maachen kënnen."

Et wier wichteg, dass de Gesetzprojet ëmsetzbar ass. Dofir missten d'Elteren an d'Kanner och sensibiliséiert an opgekläert ginn an och all d'Acteuren, déi an dem Feld schaffen. Et wier wichteg, dass een an der Gesellschaft wéisst, dass esou eng Méiglechkeet besteet an et wier och wichteg, fir domat ze weisen, wéi divers Familljen opgebaut sinn an domat z'enttabuséieren, esou nach de Max Mousel, Jurist vun der CCDH.

Source: <https://www.rtl.lu/news/national/a/1940600.html>